

Drastische Einsparungen beschlossen

Marktgemeinde wird aufgefordert, Einnahmen zu erhöhen und Ausgaben zu reduzieren

Wartenberg. (bs) Die notwendigen Einsparungen der Marktgemeinde, um den Haushalt 2023 genehmigt zu bekommen, werden die Bürger hart treffen. Doch die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen, die von den Gemeinden auszuführen sind, ohne die nötige Gegenfinanzierung, sorgten auch in Wartenberg dazu, dass sich neun Millionen Euro Schulden anhäufelten. Nun gab es vom Landratsamt die Aufforderung, Einnahmen zu erhöhen, Ausgaben zu reduzieren und alles was nicht zu den Pflichtaufgaben zählt wegzulassen.

Es zeigte sich, dass rund zwei Millionen im Verwaltungshaushalt fehlen, davon langfristig jährlich eine Million als Zuführung zum Vermögenshaushalt, um eine genehmigten Haushalt zu bekommen. So ging die überwiegende Zahl der Markträte parteiübergreifend in eine vierstündige Klausur. Dabei wurde alles auf den Prüfstand gestellt.

Grundsteuern werden deutlich angehoben

Das Ergebnis wurde nun beim Finanz- und Rechnungsausschuss erläutert und wird so in den Haushalt eingearbeitet. Ob dieser Haushalt

dann die Zustimmung vom Marktrat bekommen wird, muss sich im Mai zeigen.

Grundstücksbesitzer und Gewerbetreibende sollen dabei gewaltig zur Kasse gebeten werden. Die Grundsteuer A (landwirtschaftlich) und die Grundsteuer B werden von 340 auf 650 Prozent angehoben. Die Gewerbesteuer von 350 auf 450%. Die Kindergartengebühren sollen um 50% ab 1. September erhöht werden und die Einnahmen im Medienzentrum um 100%. Diese Maßnahmen erbringen Mehreinnahmen von 1013000 Euro. Der Haken dabei ist, dass Steuermehreinnahmen dann zwei Jahre später zu einer höheren Kreisumlage von 60 000 Euro führen werden.

Zuschüsse gestrichen und Kürzungen

Beim möglichen Einsparpotenzial wurde wirklich alles betrachtet. Der Familienstützpunkt und der Jugendtreff werden vom Rotstift verschont bleiben. Der Marktrat nimmt sich hier aber selbst deutlich in die Pflicht und streicht sein Sitzungsgeld von 35 auf 15 Euro zusammen. Der Forderung von Martina Scheyhing, auch den Dritten Bürgermeister zu streichen wurde



Das Medienzentrum wird auch von den Einsparungen betroffen sein, bleibt aber erhalten.

Foto: Bernd Spanier

nicht nachgekommen, da auch der ein volles Terminbuch zum Abarbeiten hat.

Zuschüsse zu Vereinen wird es nur noch bis 5000 Euro insgesamt geben, die dann aus einem Topf geteilt werden. Die Übungsleiterpauschale bleibt aber erhalten. Für die Kirche gibt es keine Zuschüsse mehr. Bei der Sportlehrerung gibt es nur noch Freigetränke. Es soll geprüft werden, für den Kindergarten einen Träger zu finden. Die Zuschüsse zum Mittagessen der Grundschule und Mittagsbetreuung entfallen und werden auf die Eltern

umgelegt. Für eine erneute heiße Debatte sorgte das Medienzentrum. Hier gab es dann sogar eine Abstimmung. Einstimmig beschlossen wurde, dass es bleibt, aber weiterhin nur noch mit Ehrenamtlichen geringfügig Verdienenden betrieben werde. Hier gab es eine Gegenstimme von Michael Paulini (SPD), um die Kosten von 114000 Euro auf circa 50000 Euro zu reduzieren. Dabei bleibt aber das Budget erhalten. Die Jahresgebühren sollen moderat angehoben werden für Erwachsene von 12 auf 18 Euro und für Kinder von fünf auf sieben Euro.

Einig war sich der Ausschuss, dass der Nikolausmarkt und das Volksfest als nötiges Marktleben erhalten bleiben müssen. Auch am Seniorennachmittag wird es weiter eine Maß und ein Hendl geben. Eventuell werde aber das Alter hier von 65 Jahren nach oben verschoben. Angedacht wurde auch die kostenfreie Nutzung von Stroghalle, Wittelsbacher Saal zu ändern. Dies brächte aber keinen Vorteil, da dann die Vereine Zuschussanträge stellen würden.

Gewerbegebiet und Windkraft haben Priorität

Bei der Investitionsplanung war klar, dass man ein Ärztehaus bauen wolle, aber mit Investor. Auch die Nahwärmeversorgung, die Schule und Ganztagsbetreuung, die Windkraft und das Gewerbegebiet Them Ost haben Priorität.

Der Umbau des Rathauses werde wohl warten müssen und für die Sanierung der Kläranlage müsse man 300000 Euro pro Jahr in die Hand nehmen, soll diese funktionsfähig bleiben. Die Erweiterung der Kindertageseinrichtungen ist bereits in Planung. Der Hochwasserschutz Pesenlern kommt auf die Warteschleife.